



Newsletter 04 | 2020

KREISTAGSFRAKTION
LANDKREIS OSNABRÜCK

INHALT

SPD/UWG-Gruppe fordert: Mehr Personal für die
Heimaufsicht

Mehr Frauen von **häuslicher Gewalt**
betroffen

Reisebusse für die **Schülerbeförderung**
in Corona-Zeiten

Guido Pott: 775.000 Euro

Länderförderung für das Hallenbad in
Lintorf

SPD/UWG-Gruppe: **Förderprogramm**
für Lastenräder



Mehr
PERSONAL
für die
**HEIM-
AUF SICHT**

Durch die hohe Anzahl der mit dem Corona-Virus Infizierten und auch der daran Verstorbenen in den Senioren- und Pflegeeinrichtungen im Landkreis Osnabrück ist die Heimaufsicht in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Nach Ansicht der SPD/UWG im Kreistag sollten diese Zahlen, aber auch der erkennbar hohe Arbeitsaufwand in diesem Bereich, Grund genug sein, die Personalkapazität für die Kontrollen und Überwachungen in den Heimen zu verstärken. Geht es nach der SPD/UWG-Gruppe, sollte eine Aufstockung möglichst zeitnah erfolgen

„Ungeachtet der unterschiedlichen Rechtsauffassungen der Kreisverwaltung auf der einen und des Niedersächsischen Sozialministeriums auf der anderen Seite, fordern wir eine unverzügliche Aufstockung der Personalstellen,“ so der Vorsitzende Thomas Rehme.

„Um den kritischen Stimmen in der Öffentlichkeit zu begegnen und vor allem um der Bevölkerung und insbesondere den Heimbewohnerinnen und -bewohnern Sicherheit und Vertrauen entgegenzubringen, ist eine unverzügliche Personalverstärkung erforderlich“, ergänzt Thomas Rehme. Ziel muss es sein, eine flächendeckende hohe Qualität des Wohnens und der Betreuung in den Pflegeheimen im Landkreis Osnabrück gerade in Zeiten einer Pandemie zu gewährleisten.

MEHR FRAUEN VON HÄUSLICHER GEWALT BETROFFEN



Trotz Haushaltssperre: Keine Mittelkürzungen für Hilfen bei häuslicher Gewalt

Durch die zurückliegenden Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie kam es offensichtlich doch zu vermehrten Fällen häuslicher Gewalt. Dies geht aus einem NOZ-Artikel zum 20. August 2020 hervor. Demnach nahm die Frauenberatungsstelle in den Monaten März und April dreimal so viele Anrufe entgegen wie üblich. Laut der Mitarbeiterin Maria Meyer ein deutliches Zeichen dafür, dass viel mehr Frauen aktuell betroffen seien als sonst.

Noch während eines Fachgespräches Ende Juni mit der Vorsitzenden des Sozialdienstes Katholischer Frauen (SKF), Jutta Brockhage, und der Fachdienstleiterin Soziales des Landkreises Osnabrück, Anja Fels, gaben diese noch Entwarnung: „In den ersten vier Monaten (Januar - April 2020) hat es im Vergleich zu 2019 in der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) keine Erhöhungen gegeben“, so Anja Fels damals. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD/UWG-Gruppe, Anne Christ-Schneider, fühlt sich durch den aktuellen Presseartikel darin bestätigt, hier besonders sensibel zu sein. „Immer wieder werden wir auf die Situation der betroffenen Frauen hinweisen, daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass ausreichende finanzielle Hilfen auch aus dem Landkreis zur Verfügung gestellt werden. Auch unsere Forderung nach einem Frauenhaus im Südkreis hat nach diesen Entwicklungen nicht an Aktualität verloren.“

REISEBUSSE für die SCHÜLERBEFÖRDERUNG in Corona-Zeiten



Um das Risiko einer Ansteckung mit dem Covid19-Virus möglichst gering zu halten, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Ein nun eingebrachter Antrag der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag nimmt die Schülerbeförderung im Rahmen des ÖPNV in den Fokus. Demnach sollen in Corona-Zeiten die Kapazitäten der Reisebusbranche zum Einsatz kommen. Dies betrifft sowohl die zurzeit nicht im Reiseeinsatz befindlichen Fahrzeuge als auch deren Fahrer. „Damit nehmen wir die Bedenken der Eltern ernst, die mehrfach offen ihre Angst vor einer Ansteckung ihrer Kinder mit dem Corona-Virus in den Schulbussen zum Ausdruck gebracht haben“, äußert sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe. Mit dem Einsatz von Reisebussen und deren Fahrer kann die Infektionsgefährdung beim Schülertransport im überfüllten ÖPNV auf hochausgelasteten Strecken deutlich herabgesetzt werden, ergänzt Matthias Pietsch von der UWG in Melle und weist darauf hin, dass damit gleichzeitig die zurzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehenden Busreiseunternehmen unterstützt werden könnten. Wichtig sei, so die Gruppe abschließend, dass die Umsetzung des möglichen Einsatzes der Reisebusse im Schülertransport unverzüglich erfolge.

Guido Pott: Rund 775.000 Euro Förderung für das Hallenbad in Lintorf



Bad Essen - Gemeinsam mit Bürgermeister Timo Natemeyer begrüßte der SPD-Landtagsabgeordnete Guido Pott den niedersächsischer Innen- und Sportminister Boris Pistorius in Lintorf. Der Minister überbrachte einen Förderbescheid samt Scheck in Höhe von 775.000€ Landesförderung. Hiermit übernimmt das Land rund 40% der förderfähigen Gesamtkosten für die Sanierung des im Jahr 1966 errichteten Hallenbades in Lintorf.

„Eine Studie der DLRG kommt zu dem traurigen Ergebnis, dass mittlerweile leider 60% der Zehnjährigen keine sicheren Schwimmer sind. Daher ist es umso wichtiger, dass gerade auch im ländlichen Raum Schwimmunterricht angeboten werden kann. Die Schwimmhalle hier in Lintorf ist daher ein Glücksfall; nicht nur für die Kinder der benachbarten Grundschule,“ so der Landtagsabgeordnete Guido Pott.

„Sportstätten sind aber auch ein zentraler Begegnungsort für alle Generationen und erhöhen die Lebensqualität. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass das Land mit dem insgesamt 100 Millionen Euro umfassenden Sportstättenanierungsprogramm, neben Sporthallen auch die kostenintensive Sanierung von Hallenbädern fördert und somit nachhaltig in die Sportinfrastruktur Niedersachsens investiert,“ unterstreicht der SPD-Abgeordnete Pott die Bedeutung von Sportstätten für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Insgesamt werden aktuell im Landkreis Osnabrück Sportstätten vom Land Niedersachsen im Umfang von 2,5 Millionen Euro gefördert. Bereits in der vergangenen Woche hat Minister Pistorius die Förderbescheide für die Sanierung von Sporthallen in Venne, Georgsmarienhütte und Melle überbracht.





KREISTAGSFRAKTION
LANDKREIS OSNABRÜCK



SPD/UWG beantragen FÖRDERPROGRAMM für LASTENRÄDER

Lastenräder können einen spürbaren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Vor allem in den Bereichen Feinstaub- und Stickoxidminderungen sowie Reduzierung der Lärmemissionen haben sie im Vergleich zum Auto die Nase vorn. Um die Verkehrswende zu fördern haben bereits viele Städte und Landkreise entsprechende Förderprogramme aufgelegt. Diesen Vorbildern folgend soll nun auch der Landkreis Osnabrück die Neuanschaffungen von Lastenfahrzeugen und Lastenfahrzeugen mit Elektrounterstützungen fördern. „Dabei wäre eine Förderhöhe von etwa 500 Euro je Lastenrad bzw. 1.000 Euro je Elektrolastenrad eine vorstellbare Zielgröße“, schlägt Thomas Rehme Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe in dem Antrag vor.

Mit der Förderung zur Anschaffung von Lastenfahrzeugen bzw. E-Lastenfahrzeugen will die SPD/UWG-Gruppe die Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, klimafreundlich unterwegs zu sein. „Auch als Alternative zum Zweitwagen können Lastenräder unsere Straßen sauberer und sicherer machen.“

IMPRESSUM

SPD-
Kreistagsfraktion

www.lkos-spdfraktion.de
info@lkos-spdfraktion.de

